

„Neue Bundesregierung muss Energiewende in der Wasserwirtschaft fördern“

AöW legt nach Bundestagswahl Erwartungen an die Wasserpolitik vor

Die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) hat die zukünftige Bundesregierung dazu aufgerufen, Rahmenbedingungen zu schaffen, wodurch die öffentliche Wasserwirtschaft ihre Potenziale zur Energiewende stärker heben kann. Zudem erwarte die AöW für die nächste Wahlperiode, dass die interkommunale Zusammenarbeit in der Wasserwirtschaft erleichtert und Beistandsleistungen bei der Abwasserbeseitigung gefördert werden. Dies teilte die AöW in der vergangenen Woche mit.

Konkret fordert die AöW von der künftigen Regierung die Einbindung wasserwirtschaftlicher Anlagen in regionale Energiekonzepte und Versorgungsnetze. Mit Blick auf die Energiewende sei insbesondere auch die Abwasserwärme beim Transport und bei der Reinigung nutzbar zu machen. Zudem seien bessere Möglichkeiten zur vereinfachten Mitverwertung von Bioabfallstoffen und damit die Umverteilung der Stoffströme erforderlich. Darüber hinaus ist nach Ansicht der AöW eine Anpassung der Rahmenbedingungen hinsichtlich der Eigenstromversorgung notwendig, diese dürfe nicht stärker durch EEG-Umlage, Stromsteuer oder Netzentgelte belastet werden. Stattdessen fordert die AöW von der neuen Regierung vereinfachte Zugangsbedingungen zur Schaffung eines erweiterten Arealnetzes zur höheren Eigenstromversorgung und stärkere Fördermaßnahmen im Bereich energieeffizienter Anlagen in der Wasserwirtschaft. Auch spricht sich die AöW für eine Erleichterung der interkommunalen Zusammenarbeit und der Förderung von Beistandsleistungen bei der Abwasserbeseitigung aus. Die Bürger profitierten von den öffentlichen Strukturen in der Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Daher sollte sich nach Ansicht der AöW die zukünftige Bundesregierung sowohl in Deutschland als auch innerhalb der EU dafür einsetzen, dass die hoheitliche Abwasserbeseitigung, insbesondere aber auch die Beistandsleistungen, weiterhin nicht der Umsatzsteuer unterliegen. Die weiteren Forderungen der AöW für die nächste Wahlperiode betreffen die Qualität der Wasserver- und Abwasserentsorgung und den Schutz vor Privatisierung. So fordert die AöW Rahmenbedingungen, mit der das hohe Qualitätsniveau der Wasserver- und Abwasserentsorgung in Deutschland gesichert werden kann und die ökologischen, ökonomischen und sozialen Komponenten der öffentlichen Wasserwirtschaft, zum Beispiel die Belastung der Gebührenzahler, berücksichtigt werden. Als wichtige Aufgabe der künftigen Regierung erachtet die AöW auch, dass die Aufgaben der Wasserwirtschaft allein in öffentlicher Hand bleiben und erfüllt werden. Eigentum an öffentlichen Einrichtungen soll nach Ansicht der AöW nicht mehr an private Dritte veräußert werden können. Schließlich erwartet die AöW vor dem Hintergrund, dass Schädigungen der Gewässer nur schwer wieder rückgängig zu machen sind, dass der Grund- und Trinkwasserschutz für die neue Bundesregierung an erster Stelle steht und Vorrang gegenüber anderen Zielen hat. Dem Klima sei nicht gedient, wenn durch neue Technologien wie Fracking oder durch Nutzungskonkurrenzen wie beispielsweise eine intensive landwirtschaftliche Nutzung und die Biomasseproduktion, Gewässerbelastungen entstehen, so die AöW.